



Newsletter DIHK Steuern | Finanzen | Mittelstand

News und Fakten aus Politik, Verwaltung und Rechtsprechung



Liebe Leserinnen und Leser,

es geht Schlag auf Schlag. Nachdem der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2025 vom Kabinett am 24. Juni beschlossen wurde und nun im Gesetzgebungsverfahren ist, hat die Bundesregierung jetzt den Entwurf für den Bundeshaushalt 2026 und die Finanzplanung bis 2029 vorgelegt. Die großen Herausforderungen, die mit der neuen, viel stärker auf eine Kreditfinanzierung von Ausgaben setzenden finanzpolitischen Ausrichtung einhergehen, werden immer offensichtlicher. Die eingeplante Kreditfinanzierung von Infrastrukturmaßnahmen und von Verteidigungsausgaben hat einen erheblichen Anstieg der Zinszahlungen des Bundes zur Folge. Deren Anteil an den gesamten Ausgaben wird sich bis 2029 mehr als verdoppeln und dann nach der aktuellen Finanzplanung 12,5 Prozent ausmachen. Etwa 71 Milliarden Euro wird der Bund dann vom insgesamt geplanten Haushaltsvolumen von gut 572 Milliarden Euro allein für Zinszahlungen ausgeben. Im Newsletter finden Sie die vom Kabinett beschlossenen Eckwerte zu Bundeshaushalt und Finanzplanung.



Weitere Informationen finden Sie wie immer zu den aktuellen Steuereinnahmen, zu Änderungen bei einzelnen Steuerarten, wie der Umsatzsteuer und der Grundsteuer. Heute berichten wir außerdem über das beschlossene US-Steuergesetz „Big Beautiful Bill“, über den vom Ausschuss für Finanzstabilität vorgelegten gleichnamigen Bericht, über den aktuellen DIHK-Report Unternehmensnachfolge, den Gesetzentwurf zur Modernisierung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes und schließlich den Gesetzentwurf, mit dem die neue grundsätzliche Verschuldungsmöglichkeit der Länder umgesetzt werden soll.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre.

Inhalt

Aktuelle Steuerpolitik und Steuerrecht

- ▶ Grundsteuer in Baden-Württemberg verfassungsgemäß
- ▶ Gewerbesteuer auf See - keine Heheberechtigung für die Küstenländer im gemeindefreien Küstenmeer
- ▶ Umsatzsteuer: Neue Nachweispflichten bei Ausfuhrlieferungen
- ▶ Ermäßigter Steuersatz für Holzhackschnitzel als Brennholz

Aktuelle Haushaltspolitik

- ▶ Bundeskabinett beschließt Gesetzentwurf zur neuen Regelverschuldung der Länder
- ▶ Kabinett beschließt Entwurf für den Bundeshaushalt 2026 und Finanzplanung bis 2029
- ▶ Erneut kräftiger Anstieg der Steuereinnahmen im Juni
- ▶ Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen durch Länder und Gemeinden
- ▶ EU-Kommission legt Jahresbericht Steuern vor

- ▶ EU-Kommission stellt EU-Haushalt vor

Verteidigung und Wirtschaft

- ▶ Sicherheitsüberprüfungsgesetz soll geändert werden

Internationale und Europäische Steuerpolitik

- ▶ US-Haushaltsgesetz: „The One Big Beautiful Bill Act“

Unternehmensfinanzierung

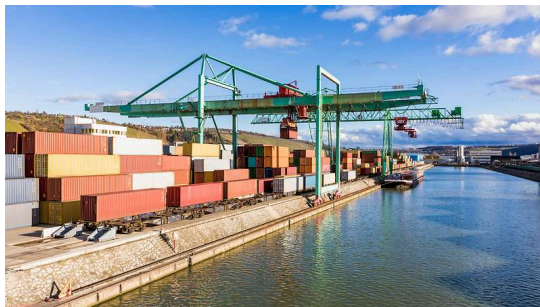
- ▶ Kleine Fortschritte auf dem Weg zu einer Bankenunion
- ▶ Ausschuss für Finanzstabilität legt Jahresbericht vor

Mittelstand

- ▶ Unternehmensnachfolge 2025: Mittelstand schlägt Alarm

Aktuelle Steuerpolitik und Steuerrecht

Grundsteuer in Baden-Württemberg verfassungsgemäß



©Westend61 / Westend61 / Getty Images

Finanzgericht bestätigt Verfassungsmäßigkeit des Landesmodells

Mit Urteil vom 11. Juni 2024 (Az. 8 K 1582/23) hat das Finanzgericht Baden-Württemberg entschieden, dass die Ermittlung der Grundsteuerwerte nach dem Landesgrundsteuergesetz Baden-Württemberg (LGrStG BW) verfassungsgemäß ist.

Mehr erfahren



Gewerbsteuer auf See - keine Heheberechtigung für die Küstenländer im gemeindefreien Küstenmeer



©Instamatics / E+ / Getty Images

Aktuelles Urteil des Bundesfinanzhofs mit erheblichen Auswirkungen auf die Besteuerung von Offshore-Windparks im deutschen Küstenmeer

Das Urteil des Bundesfinanzhofs vom 3. Dezember 2024 (Aktenzeichen IV R 5/22) präzisiert in einem wegweisenden Schritt die gewerbesteuerrechtlichen Anordnungen, die die Zuteilung von Gewerbesteuererlösen für Windparks, die sich außerhalb kommunaler Grenzen befinden, betreffen.

[Mehr erfahren](#)



Umsatzsteuer: Neue Nachweispflichten bei Ausfuhrlieferungen



©thitivong / iStock / Getty Images Plus

Bundesfinanzministerium konkretisiert EuGH-Vorgaben zur Steuerbefreiung – mehr Flexibilität für Unternehmen

Das Bundesministerium der Finanzen hat neue Vorgaben zur Umsatzsteuerbefreiung bei Ausfuhrlieferungen veröffentlicht. Ziel ist es, die Anforderungen an den Ausfuhrnachweis zu konkretisieren und gleichzeitig praktikable Lösungen für Unternehmer zu schaffen – insbesondere in Fällen, in denen klassische Nachweise nicht verfügbar sind.

[Mehr erfahren](#)



Ermäßigter Steuersatz für Holzhackschnitzel als Brennholz



©8vFanI / iStock / Getty Images Plus

Neue Klarstellung zur Umsatzsteuer gilt ab Dezember 2024

Mit Wirkung ab dem 6. Dezember 2024 gelten neue steuerliche Regelungen für die Lieferung von Holzhackschnitzeln als Brennholz. Das Bundesfinanzministerium hat mit Schreiben vom 15. Juli 2025 klargestellt, unter welchen Voraussetzungen der ermäßigte Umsatzsteuersatz (7 Prozent) anwendbar ist. Damit wird die Rechtsprechung des EuGH und des BFH in nationales Recht überführt und für die Praxis klar geregelt.

[Mehr erfahren](#)

Aktuelle Haushaltspolitik

Bundeskabinett beschließt Gesetzentwurf zur neuen Regelverschuldung der Länder



©urbazon/iStock/Getty Images

Bundesländer bekommen den gleichen Verschuldungsspielraum wie der Bund

Mit der Änderung des Grundgesetzes vom 25. März 2025 ist es zukünftig auch den Ländern möglich, sich jenseits von Notlagen regulär in Höhe von insgesamt 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu verschulden. Die konkrete Ausgestaltung regelt der Gesetzentwurf, den das Bundeskabinett am 1. Juli 2025 beschlossen hat.

[Mehr erfahren](#)

Kabinett beschließt Entwurf für den Bundeshaushalt 2026 und Finanzplanung bis 2029



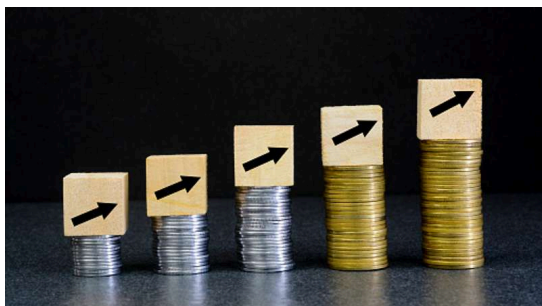
©Creativ Studio Heinemann / Westend61 / Getty Images

Sicherheit und Verteidigung treiben Ausgaben, Verschuldung legt weiter zu

Das Bundeskabinett hat am 30. Juli 2025 den Entwurf zum Bundeshaushalt 2026 und die Wirtschaftspläne 2026 für die wichtigen Sondervermögen verabschiedet. Der Kernhaushalt des Bundes soll im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 520 Milliarden Euro umfassen.

[Mehr erfahren](#)

Erneut kräftiger Anstieg der Steuereinnahmen im Juni



©jayk7/Moment/Getty Images

Gesamtaufkommen des ersten Halbjahres 2025 deutlich über Plan

Im Juni 2025 haben Bund und Länder in Deutschland erneut ein Plus bei den Steuereinnahmen verzeichnet. Insgesamt stiegen die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 7,3 Prozent. Diese positive Entwicklung ist neben besonderen Faktoren für einzelne Steuerarten auch auf einen kräftigen Zuwachs bei der Umsatzsteuer zurückzuführen.

Mehr erfahren



Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen durch Länder und Gemeinden



©Vithun Khamsong / Moment / Getty Images

Länder haben Änderungswünsche zur Umsetzung

Nach dem Beschluss zum Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf verabschiedet, der die Verteilung der Mittel an Länder und Kommunen regelt – das Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG-E).

Mehr erfahren



EU-Kommission legt Jahresbericht Steuern vor



©Khanchit Khirisutchalual / iStock / Getty Images

Rückgang der Steuereinnahmen in der EU

2024 sind die Steuereinnahmen EU-weit auf 39 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) gesunken, dem niedrigsten Stand seit 2011. Das zeigt der aktuelle Überblick über die Steuerpolitik in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten.

Mehr erfahren



EU-Kommission stellt EU-Haushalt vor



©Europäische Union 2025 / Dati Bendo

Vorschlag: Budget von zwei Billionen Euro

Am 16. Juli hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028–2034 vorgelegt. Das Paket umfasst eine Verordnung zur Festlegung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR-VO), eine interinstitutionelle Vereinbarung über Haushaltsfragen (IIV), einen Entwurf für einen Beschluss über Eigenmittel und eine Verordnung über die Ausführung, Überwachung und Bewertung des Haushaltsplans der Union.

[Mehr erfahren](#)



Verteidigung und Wirtschaft

Sicherheitsüberprüfungsgesetz soll geändert werden



©AndreyPopov / iStock / Getty Images

DIHK bezieht Stellung zum Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern

Angesichts der verschärften Sicherheitslage will die Bundesregierung das Sicherheitsüberprüfungsgesetz (SÜG) anpassen – mit erweiterten Prüfpflichten für die Behörden. Allerdings drohen auch neue Meldepflichten für Unternehmen.

[Mehr erfahren](#)



Internationale und Europäische Steuerpolitik

US-Haushaltsgesetz: „The One Big Beautiful Bill Act“



©Royce Bair / Moment / Getty Images

Das große Steuerpaket mit weiteren Staatsschulden?

Die politische Agenda von US-Präsident Trump soll maßgeblich mit dem Haushaltsgesetz 2025 "The One, Big, Beautiful Bill" (H.R. 1) umgesetzt werden. Das Gesetz wurde mit knapper Mehrheit von US-Repräsentantenhaus und US-Senat beschlossen und am Independence Day (4. Juli 2025) von Präsident Trump unterzeichnet.

[Mehr erfahren](#)



Unternehmensfinanzierung

Kleine Fortschritte auf dem Weg zu einer Bankenunion



©andrey denisyuk / Moment / Getty Images

Einigung zum Rahmen für Krisenmanagement im Bankensektor

Der Rat und das Europäische Parlament haben sich auf Vorschlag der EU-Kommission am 25. Juni politisch auf Fortschritte beim "Krisenmanagement im Bankensektor und die Einlagensicherung" geeinigt. Ziel ist eine verbesserte Finanzstabilität in Krisenfällen und der Schutz von Steuergeldern, die in Vergangenheit zur Rettung von angeschlagenen Banken eingesetzt wurden. Der formelle Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens steht noch aus.

[Mehr erfahren](#)



Ausschuss für Finanzstabilität legt Jahresbericht vor



©gopixa / iStock / Getty Images

Deutsches Finanzsystem bleibt resilient inmitten sich entwickelnder Risiken

Der Ausschuss für Finanzstabilität (AFS), das nationale Gremium für Finanzstabilität, hat seinen zwölften Bericht zur Finanzstabilität in Deutschland veröffentlicht. Für den Berichtszeitraum April 2024 bis März 2025 attestiert er dem deutschen Finanzsystem, trotz eines von Unsicherheit geprägten Umfelds, eine solide Widerstandsfähigkeit.

[Mehr erfahren](#)



Mittelstand

Unternehmensnachfolge 2025: Mittelstand schlägt Alarm



©Westend61 / Westend61 / Getty Images

DIHK-Report Unternehmensnachfolge 2025 - Nachfolge entwickelt sich zu einer der größten Herausforderungen für den deutschen Mittelstand

Noch nie wollten so viele Unternehmerinnen und Unternehmer ihren Betrieb übergeben – doch die passende Nachfolge ist rar. In den Beratungen der Industrie- und Handelskammern (IHKs) stehen bundesweit rund 9.600 übergabebereiten Unternehmen nur etwa 4.000 potenzielle Interessenten gegenüber. Mehr als ein Viertel der Altinhaberinnen und Altinhaber zieht bereits eine vollständige Schließung in Betracht.

Hochgerechnet könnten innerhalb der nächsten zehn Jahre bis zu 250.000 Betriebe wegbrechen – darunter auch Tausende wirtschaftlich gesunde Unternehmen.

[Mehr erfahren](#)



Gefällt Ihnen unser Newsletter?

[Über uns](#) |



Herausgeber:

DIHK | Deutsche Industrie- und Handelskammer
Breite Straße 29
D-10178 Berlin
Telefon +49 30 20308 2608
E-Mail newsletter-wfm@dihk.de

Verantwortlich für die Endredaktion:
Dr. Kathrin Andrae

Um die Bilder und Infografiken unseres Newsletters direkt angezeigt zu bekommen, fügen Sie die Absender-Adresse zu Ihren Kontakten hinzu.
